



**Landesvorsitzende:**

Lisa-Maria Pridik  
Ron C. Straßburg

## DER KRISE SOZIAL GERECHT BEGEGNEN UND # WESTAYWITHUKRAINE

In der vorvergangenen Woche stellte die Brandenburger Finanzministerin und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Katrin Lange (SPD) den Entwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 vor. Der Entwurf des Doppelhaushalts sieht eine maßvolle Steigerung der Ausgaben in den kommenden zwei Jahren vor. 2023 sind 15,4 Mrd. Euro geplant, 2024 sind es 15,5 Mrd. Euro. Dies stellt auch nach Auffassung der Jusos Brandenburg in Übereinstimmung mit den Ausführungen Langes eine „vertretbare Summe“ dar. Die dabei zutreffende Neuverschuldung von 330 bzw. 24 Mio. bezieht sich hierbei glücklicherweise nach Aussage des Finanzministeriums nur auf eine Kreditaufnahme für sogenannte „finanzielle Transaktionen“.

„Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt investiert Brandenburg unvermindert in die zukünftige Entwicklung, setzt geplante Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um und begegnet gleichermaßen der bestehenden Krise durch die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Hinzu kommt noch das vorgestellte „Brandenburg-Paket“, das nach derzeitigem Stand einen Umfang von 2 Mrd. Euro haben soll. „Der aktuellen Krise mit diesem Paket zu begegnen, ist auch nach unserer Auffassung sozial gerechte Politik für unser Land und bringt die Brandenburger\*innen durch diese Krise.“ so der Co-Vorsitzende der Jusos Brandenburg **Ron Straßburg**.

Der Haushaltsentwurf und das Brandenburg Paket stehen natürlich ganz klar vor dem Hintergrund der Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine.

„Ich begrüße die Möglichkeit zum Meinungs austausch dazu mit den Jusos sehr. Das zeigt, dass wir eine meinungsfreudige, streitbare und lebendige Partei sind. Und das ist gut so. Der russische Angriff auf ein souveränes europäisches Land ist ein Verbrechen. Daran habe ich nie



**Landesvorsitzende:**

Lisa-Maria Pridik  
Ron C. Straßburg

einen Zweifel gelassen. Der Krieg und das damit verbundene Leid müssen schnellstmöglich beendet werden. Die Ukraine verdient dabei unsere Solidarität. Wir sollten keine Möglichkeit verstreichen lassen, die Ukraine zu ihren Bedingungen auch mit diplomatischen Mitteln auf ihrem Weg in den Frieden zu unterstützen. Wir stehen zudem in der Verantwortung, die Folgen des Angriffskriegs für die Brandenburgerinnen und Brandenburger abzufedern. Mit den geplanten Maßnahmen stellen wir uns dieser außerordentlich schwierigen Herausforderung“ ergänzt **Katrin Lange**.

„Brandenburg steht in dieser Krise zusammen. Den Folgen, die die Brandenburgerinnen und Brandenburger durch diesen Krieg spüren, wird mit dem vorgelegten Haushalt und dem Brandenburg Paket aktiv begegnet – es ist ein gutes Zeichen für das Krisenmanagement der Landesregierung“, erklärten **Lange und Straßburg** am Ende.

---

Für Rückfragen stehen Ihnen zur Verfügung:

- Ron Straßburg ([ron-strassburg@jusos-brandenburg.de](mailto:ron-strassburg@jusos-brandenburg.de) / 015731658065)
- Lisa-Maria Pridik ([lisa-pridik@jusos-brandenburg.de](mailto:lisa-pridik@jusos-brandenburg.de) / 01626367258)